



NIEDERSÄCHSISCHER LANDTAG

**Christian Dürr**

Mitglied des Landtages  
Umweltpolitischer Sprecher  
der FDP-Landtagsfraktion

**Wahlkreisbüro**

Brookdamm 40  
27777 Ganderkesee  
Tel.: (04222) 400 0850  
Fax: (04222) 400 0860

**Landtagsbüro**

Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1  
30159 Hannover  
Tel.: (0511) 3030-3405  
Fax: (0511) 3030-99-3405

Mobil: (0177) 372 6186

E-Mail: [mail@christian-duerr.de](mailto:mail@christian-duerr.de)

Internet: [www.christian-duerr.de](http://www.christian-duerr.de)

Rede zu den Anträgen

**a) Flut und Dürre - zwei Seiten einer Medaille; Vorsorgenden Hochwasserschutz im Binnenland verbessern** - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 15/372

**b) Landesregierung muss Hochwasserschutz ernsthaft betreiben!** - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 15/377

**c) Vorsorge im Hochwasserschutz gemeinsam mit den Bürgern sicherstellen** - Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 15/557 - Beschlussempfehlung des Umweltausschusses - Drs. 15/1099 - Änderungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 15/1164

(Zweite Beratung)

38. Sitzung des Niedersächsischen Landtags am 24. Juni 2004

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mein lieber Herr Dehde, eines will ich Ihnen gleich vorab sagen, damit da keine falsche Hoffnung aufkommt: Auch das Trittin'sche Gesetz kann ein „Land unter“ bei der SPD nicht mehr verhindern.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Mehr als 20 Monate - hören Sie genau zu! - hat der Bundesumweltminister für das Artikelgesetz zum Hochwasserschutz gebraucht. Nach dem Wahlkampf auf gebrochenen Deichen im Sommer 2002, den insbesondere Rot-Grün geführt hat, und nach vielen Sonntagsreden von Ihnen liegt jetzt endlich ein Gesetzentwurf vor. Endlich, könnte man meinen. Leider nein, meine Damen und Herren!

Der Gesetzentwurf ist handwerklich so schlecht, dass auch die Experten im Umweltausschuss des Deutschen Bundestages am vergangenen Montag

(Dorothea Steiner [GRÜNE]: Weil sie noch nicht einmal hineingeguckt haben, Herr Dürr!)

die ungenauen Begrifflichkeiten ganz klar kritisiert haben. Beispielsweise wird in diesem Gesetzentwurf überhaupt nicht ausreichend nach der Art der Flächennutzung unterschieden.

Frau Steiner hat eben schon das Thema Ackerbauverbot angesprochen. Ich muss sagen, es hat uns alle sehr überrascht, dass sogar meine grüne quasi Lieblingsumweltministerin, Frau Höhn aus Nordrhein-Westfalen, dem, was hier von Herrn Trittin geplant ist, einen Riegel vorschieben will. Recht hat sie. Das Ackerbauverbot hat nämlich nichts, aber auch gar nichts mit sinnvollem Hochwasserschutz zu tun.

Interessanterweise sieht aber mittlerweile auch die SPD-Bundestagsfraktion - jedenfalls zum Teil - ein, dass Trittin hier völlig am Ziel vorbeischießt.

(Hans-Dieter Haase [SPD]: Uralte Beratung!)

- Ich glaube nicht, Herr Haase.

Sie von SPD und Grünen haben hier im Landtag eine gemeinsame Anhörung durchgeführt. Dazu haben Sie auch das Landvolk eingeladen. Dann hat es von Ihnen eine Pressemitteilung gegeben, in der es heißt, dass sich Kommunen, Landwirte und Umweltschutzverbände einig seien. Herr Haase, das Landvolk hat sich bei Ihnen aber wohl nicht ganz richtig verstanden gefühlt. Kurz danach gab es nämlich eine Pressemitteilung des Landvolks Niedersachsen, in der der Gesetzentwurf von Herrn Trittin ganz eindeutig kritisiert wurde.

Es kann ja auch gar keinen Zweifel daran geben, dass wir die Neuausweisung von Überschwemmungsgebieten fortführen müssen. Der vorbeugende Hochwasserschutz ist fundamental wichtig, um Schäden von Menschen und ihrem Eigentum abzuwenden.

(Dorothea Steiner [GRÜNE]: Aber wie soll der dann funktionieren?)

Die Landesregierung - Frau Steiner, hören Sie genau zu! -

(Dorothea Steiner [GRÜNE]: Ich höre zu!)

hat bereits 80 % der möglichen Überschwemmungsgebiete festgelegt.

(Karsten Behr [CDU]: So ist es!)

Auf diesem Weg müssen wir weitergehen. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung ist dabei wenig hilfreich.

(Dorothea Steiner [GRÜNE]: Aber das Ackerbauverbot ist dabei zu klären!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der SPD-Fraktion, seien Sie so einsichtig wie Ihre Genossen in Berlin, und schließen Sie sich der Kritik der Landesregierung an. Das, was Herr Trittin da machen will, kommt einer Enteignung - Kollege Behr hatte das bereits erwähnt - insbesondere der niedersächsischen Landwirte gleich.

(Walter Meinhold [SPD]: Das ist ja unglaublich!)

Wir stehen zu einem effektiven Hochwasserschutz. In diesem Jahr wurden trotz knapper Kassen Mittel in Höhe von 10,8 Millionen Euro in den Haushalt eingestellt.

Nicht zu haben, meine Damen und Herren, sind wir jedoch für eine ideologisch motivierte Politik, die die Landwirte vor allem in Niedersachsen für ihren Beitrag zu unserer Kulturlandschaft bestrafen will. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Quelle: Stenographischer Bericht der 38. Sitzung des Niedersächsischen Landtags, herausgegeben am 05.07.2004